



Unternehmer setzen Kanton unter Druck

Abstimmung Nach dem Nein zu tieferen Unternehmenssteuern drohen Firmen mit Verlagerungen weg vom Kanton Bern.

Julian Witschi

Simon Michel meint es offenbar ernst. Der Chef der Medizintechnikfirma Ypsomed bereitet «die Verschiebung der ersten 50 bis 100 Stellen von Burgdorf nach Solothurn» vor. Dies hat er am Sonntag getwittert, kurz nachdem das Nein der Berner Stimmbewölkerung zu tieferen Unternehmenssteuern festgestanden hatte. Seit längerem kritisieren er und sein Vater, Verwaltungsratspräsident Willy Michel, die Steuerbelastung im Kanton Bern als zu hoch. Gestern wollten sich die Ypsomed-Patrons zwar nicht weiter äussern. Aber ihr Sprecher Thomas Kutt bestätigt, dass die Firmenleitung die Teilverlagerung «sehr ernsthaft prüft».

Bis im nächsten Frühling soll der definitive Entscheid feststehen. Welche Abteilungen und welche Funktionen betroffen sind, lässt Kutt offen. Klar ist bereits, dass Ypsomed für den weiteren Personalaufbau auf Solothurn fokussiert. «Wir haben dort noch Platz.»

Wichtiger als Heimatgefühle

Aktuell beschäftigt Ypsomed in Solothurn und Grenchen total 427 Personen. In Burgdorf sind es 601. Es freut die Patrons, dass die Solothurner Regierung die Unternehmenssteuern von 21,48 Prozent auf 13 bis 16 Prozent senken will. Bern bleibt nun bis auf weiteres bei bis zu 21,64 Prozent. Das Angebot der Nachbarn werde damit «so viel besser, dass man es nicht mehr mit Heimat-

gefühlen wettmachen kann», twitterte Simon Michel. Er wohnt bereits mit seiner Familie in Solothurn und wurde dort für die FDP in den Kantonsrat gewählt.

Auch andere Kantone senken die Unternehmenssteuern weiter. Dies im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 des Bundes. Dass Bern nun voraussichtlich bald die mit Abstand höchsten Steuern verlangt, bringt auch andere Firmen dazu, ihre Standortstrategie zu überdenken. Zum Beispiel den Pharmagrosshändler und Apothekenbetreiber Galenica, der in der Stadt Bern seinen Sitz hat. «Wir werden Massnahmen prüfen, wie wir die übermässige Steuerlast im Kanton Bern in den nächsten Jahren reduzieren können. Dazu gehört auch die regionale Ausrichtung sowie die Investitionstätigkeit im Kanton Bern», sagt Galenica-Sprecherin Christina Hertig. Was das für die Arbeitsplätze und den Steuersitz konkret bedeutet, stehe aber noch nicht fest.

Standortförderung gefordert

Diese Zeitung wollte den Leiter der Standortförderung des Kantons Bern, Sebastian Friess, befragen. Ob bei ihm die Telefone sturmläuten wegen Anrufen verärgelter Unternehmer, ob er nun auf Goodwilltour bei Patrons gehe, ob er jetzt überhaupt noch Unternehmen nach Bern locken könne.

Anstelle von Friess meldet sich dessen Chef, Volkswirtschaftsdirektor Christoph Am-

mann. «Das Abstimmungsergebnis bringt tatsächlich Risiken mit sich», sagt er. Die Unternehmer würden zwar nicht über Nacht ihre Standortstrategie ändern. Der Volkswirtschaftsdirektor anerkennt aber die Gefahr, dass Firmenchefs nun intensiver darüber nachdenken, Arbeitsplätze und Steuersitze weg vom Kanton Bern zu verlagern respektive nicht mehr hier, sondern anderswo zu investieren: «Wir haben Anzeichen erhalten, dass diese Fragen in Unternehmensleitungen intensiver diskutiert werden als früher.» Auch die Standortförderung werde «auffällig häufiger als früher» auf die Steuersituation angesprochen.

«Es geht nun darum, Wege zu suchen, wie der Kanton Bern mit der roten Laterne bei den Unternehmenssteuern umgehen will», sagt der SP-Regierungsrat. Die Kantonsregierung werde in den nächsten Tagen und Wochen eine Auslegeordnung machen.

«Wir haben keinen Plan B in der Schublade», bekräftigt Ammann Aussagen von Finanzdirektorin Beatrice Simon vom Vortag. Er erinnert daran, dass der Grosse Rat vor zwei Jahren die Steuerstrategie des Regierungsrates entgegengenommen habe. Demnach hätte der Kanton die maximalen Steuersätze für Unternehmensgewinne weiter gesenkt auf 17,16 Prozent im Jahr 2021 und 16,37 Prozent im 2022. Doch diese Steuerstrategie muss nun neu geschrieben werden.